

# Mandat, Theorie und Methode "SRG Trendumfragen"

## **Projektteam**

**Lukas Golder:** Co-Leiter

**Martina Mousson:** Projektleiterin

Bern, 26. Januar 2021

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>MANDAT .....</b>	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>FORSCHUNGSKONZEPT .....</b>	<b>5</b>
2.1	Erweiterter Dispositionsansatz .....	5
2.2	Abstimmungen und Wahlen im Vergleich.....	5
2.3	Instrumentarium des Dispositionsansatzes .....	7
2.4	Anwendung des Dispositionsansatzes .....	9
<b>3</b>	<b>METHODE.....</b>	<b>21</b>
3.1	Die SRG-Befragung .....	21
3.2	Prognose, Momentaufnahme oder Trend?.....	24
<b>4</b>	<b>ANHANG .....</b>	<b>29</b>
4.1	gfs.bern-Team.....	29

# 1 Mandat

Gemäss Ausschreibung vom 19. Oktober 2015 suchte die SRG SSR einen Anbieter für Forschungsdienstleistungen im Bereich der Wahl- und Abstimmungsforschung. Die SRG SSR will qualitativ hochstehende Berichterstattungen und Analysen von politischen Inhalten leisten und ihre führende Rolle in der politischen Berichterstattung der Schweiz behaupten. Zielsetzung der "Trendumfragen vor Abstimmungen" ist es, anhand von Trendumfragen die Berichterstattung zu Abstimmungen mit aktuellen Umfragewerten zu verschiedenen Zeitpunkten zu bereichern.

Das Projekt "Abstimmungsvorbefragungen und Trendberichterstattung für die SRG-SSR-Medien", welches das Forschungsinstitut gfs.bern für eidgenössische Abstimmungsvorlagen vornimmt, besteht aus zwei Befragungen pro Abstimmungstermin bei einem jeweils repräsentativ ausgewählten Querschnitt der stimmberechtigten Schweizer Bevölkerung.

Die Befragungsdaten werden per Telefon und online erhoben und mittels statistischer Datenanalyse ausgewertet. Interpretiert werden die Befunde im Rahmen des Dispositionsansatzes.

Das Forschungsdesign bei den SRG-Befragungen ist so angelegt, dass wir die Ausgangslage und den Trend in der Meinungsbildung bestimmen können. Ersteres geschieht mit der ersten der beiden Befragungswellen, Zweiteres mit dem Vergleich aus der ersten und zweiten.

Hauptgrund für dieses Forschungsdesign ist die Vorgabe des VSMS-Verbands, dem das Forschungsinstitut gfs.bern angehört. Diese lautet, dass in den letzten zehn Tagen vor einer Volksentscheidung keine neuen Umfragen mehr publiziert werden dürfen. Mit der Zeit, die für die Durchführung, Analyse, Berichterstattung und journalistische Umsetzung nötig sind, ist hierfür ein mittlerer Befragungstag 15-20 Tage vor dem Abstimmungssonntag nötig.

## 2 Forschungskonzept

gfs.bern hat das Forschungskonzept zur Meinungsbildung bei Abstimmungen im Dispositionsansatz zusammengefasst. In der ursprünglichen Form ist er 1998 entwickelt worden; seither wurde er laufend an neuste wissenschaftliche Erkenntnisse und Standards angepasst und wurde aufgrund seiner praktischen Anwendungen laufend überprüft.

### 2.1 Erweiterter Dispositionsansatz

Der Dispositionsansatz bildet einen sinnvollen Rahmen, mit dem Umfragedaten zum Entscheidungsprozess analysiert, eingebettet und interpretiert werden können. Dabei steht nicht die Prognose des Abstimmungsergebnisses im Sinne der Punktgenauigkeit im Vordergrund, sondern es geht vielmehr darum, eine gesicherte Systematik zu Meinungsverläufen unter Einwirkung des Abstimmungskampfes zu entwickeln.

Unseres Wissens ist der Dispositionsansatz die einzige sozialwissenschaftliche Vorgehensweise, die sich dazu eignet, Abstimmungsergebnisse in der Schweiz aus der dynamischen Perspektive direkt zu untersuchen.

### 2.2 Abstimmungen und Wahlen im Vergleich

Bei Wahlen bildet die Parteibindung die relevante Grundhaltung dafür, wie man sich entscheidet. Sie bestimmt in einem hohen Masse, wie man Parteien, Kandidierende, Wahlkampfthemen und Stimmungslagen wahrnimmt. Eine solche Vereinfachung ist bei Volksabstimmungen nicht möglich. Dafür variiert die Themenbreite der Vorlagen zu stark. Die Allianzen der Parteien wechseln und Abstimmungskämpfe sind weniger standardisiert als Wahlkämpfe.

Statt auf einer einfachen Parteibindung aufzubauen, stützt sich die Abstimmungsfor-schung daher vorzugsweise auf Prädispositionen. Konkret handelt es sich dabei um Elemente der individuellen Meinungsbildung, die gegeben sind, bevor ein konkreter Prozess der Entscheidungsfindung einsetzt. Die Meinungsbildung steht nämlich weder ein für alle Mal fest, noch beginnt sie jedes Mal bei null.

Bei den relevanten Prädispositionen unterscheiden wir zwischen allgemeinen und themenspezifischen. Namentlich handelt es sich dabei um folgende Kategorien:

#### Thematische Prädispositionen

- Betroffenheit/Interessenlagen
- gut erinnerte, prinzipielle Sachentscheidungen bei vergleichbaren Themen
- Alltagserfahrungen mit dem Abstimmungsthema

#### Allgemeine Prädispositionen

- weltanschauliche Beurteilung eines Themas
- Parteiidentifikation/Parteiparolen
- Regierungsvertrauen beziehungsweise -misstrauen

- (Un-)Zufriedenheit mit dem Status quo

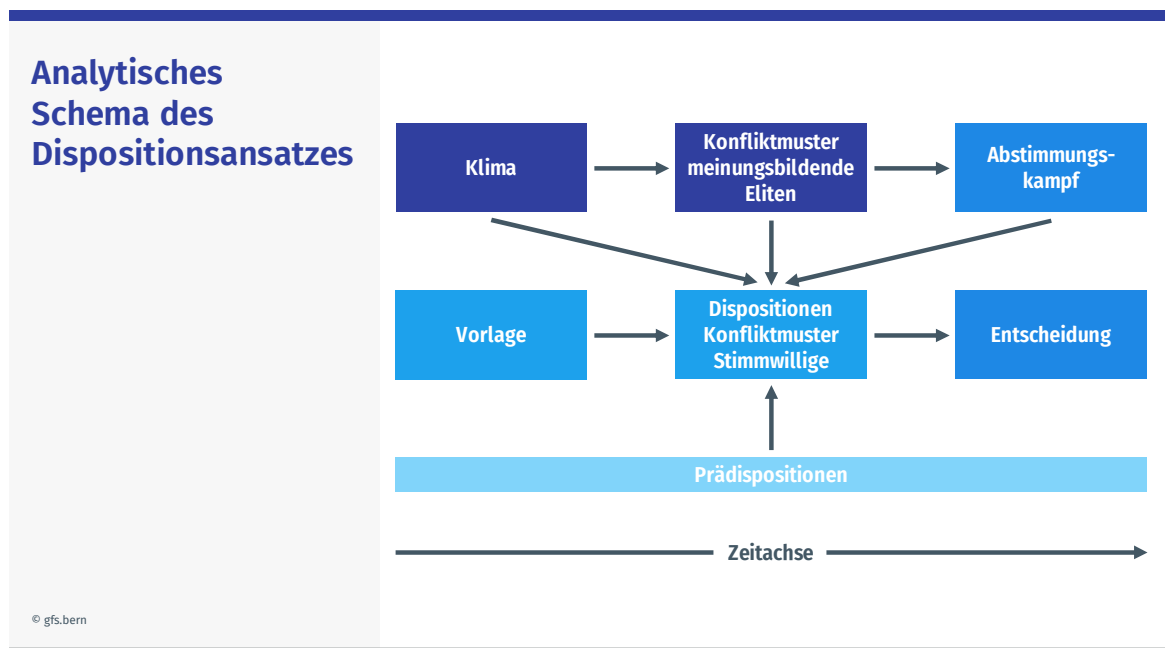
In der Abstimmungsforschung werden Prädispositionen auch Heuristiken genannt, sprich Routinen, die sich dazu eignen, Entscheidungen zu treffen, auch ohne sich vertieft mit einer Vorlage auseinanderzusetzen. Die dabei übliche Dreiteilung in Heuristiken des Status quo, des Vertrauens beziehungsweise des Misstrauens und der Partei ergänzen wir mit der Weltanschauungsheuristik. Letztere hilft dabei, ein Abstimmungsthema einzuordnen, selbst wenn man sich damit nicht sachlich auseinandersetzen kann oder will. Die Art, wie man die Welt sieht und interpretiert, kann sogar quer zu Parteibindungen stehen.

Den thematischen Prädispositionen ist eigen, dass sie eine direkte Beschäftigung mit der Vorlage voraussetzen. Am konkretesten sind Entscheidungen aufgrund von Betroffenheiten und Interessenlagen. Sie entsprechen weitgehend dem, was man in der Literatur als "rational choice" bezeichnet: Entscheidungen werden aufgrund von Kosten-Nutzen-Analysen getroffen. Bei optimistischer Sicht entscheidet man dabei aufgrund des Nutzens, bei pessimistischer aufgrund der Kosten. Ein abgekürztes Verfahren hierzu besteht darin, sich aufgrund früherer Entscheidungen festzulegen, die man in vergleichbaren Fällen getroffen hat.

Die These lautet:

Abstimmungsergebnisse stehen nicht ein für alle Mal fest, vielmehr werden sie durch Prädispositionen und Abstimmungskämpfe beeinflusst. Die wiederum folgen der Meinungsbildung in der politischen und medialen Elite respektive dem allgemeinen politischen Klima. Die Entscheidung selbst hängt von der Vorlage und dem Vorlagentyp ab; zuerst zeichnen sich Stimmabsichten und ein Konfliktmuster unter Teilnehmewilligen ab, dann folgt die Entscheidung.

Grafik 1



Das Mass an kollektiver Vorbestimmtheit von Volksabstimmungen bezeichnen wir als Prädisponiertheit. Voraussetzungen hierfür sind relevante Prädispositionen respektive

die Art und Weise, wie Abstimmungskampagnen diese Prädispositionen mobilisieren, verstärken oder verändern können. Insgesamt gilt, dass die Prädisponiertheit von Abstimmungen geringer ist als diejenige von Wahlen, insbesondere von Parteiwahlen. Deshalb unterscheiden sich die Ansätze der Abstimmungsforschung auch von jenen der Wahlforschung. Sie müssen zwingend von einer komplexeren Meinungsbildung ausgehen.

## 2.3 Instrumentarium des Dispositionsansatzes

Der Dispositionsansatz stützt sich empirisch nicht nur auf die Sonntagsfrage(-n) zu den Stimm- und Teilnahmeabsichten, wie das beispielsweise die Vorschriften des Verbandes der Markt- und Sozialforschung minimal verlangen, sondern berücksichtigt auch weitere Einstellungsfragen. Bei Trendumfragen vor Abstimmungen sind dies normalerweise der Argumentetest und das Konfliktmuster, wie es bei den Stimm- und Teilnahmeabsichten zum Ausdruck kommt. Sie werden verwendet, um die Ausgangslage und Möglichkeiten von Kampagnen im Abstimmungskampf zu bestimmen und damit das Potenzial von Veränderungen auszuloten.

Generell gehen wir von folgenden Hypothesen aus:

### Hypothese 1:

Je stärker eindeutige Prädispositionen für frühe Stimmabsichten relevant sind, desto eher gehen wir von einer vorbestimmten Entscheidung aus.

### Hypothese 2:

Je eindeutiger Botschaften der Kampagnen Stimmabsichten bestimmen, die sich im Abstimmungskampf verfestigen, desto eher liegt eine eindeutig bestimmbare Entscheidung vor.

Wenn beide Bedingungen gegeben sind, kann man von einem geringen Veränderungspotenzial nach der zweiten Befragung, und damit vor der finalen Entscheidung ausgehen. In diesem Fall sind punktgenaue Aussagen zum Abstimmungsausgang denkbar. Ohne dass beides gegeben ist, sind punktgenaue Prognose mit Sicherheit und wahrscheinlich auch Vorhersagen im quantitativen Sinne nicht machbar.

Qualitative Aussagen können dennoch gemacht werden. Denn es ist möglich, relevante Prädispositionen für eine Abstimmung zu ermitteln und Umfragen hierzu zu Rate zu ziehen. Wirken sie alle in die gleiche Richtung und sind sie mehrheitlich verteilt, sprechen wir von einer gerichteten Prädisposition. Sind sie mehrheitlich verteilt, aber nicht eindeutig gerichtet, gehen wir von einer bloss labilen Prädisposition aus. Kennen sie schliesslich keine eindeutige Richtung, sprechen wir von einer nicht prädisponierten Entscheidung.

Was die **DYNAMIK** angeht, unterscheiden wir generell:

- Meinungsaufbau (Unentschiedenheit weicht der Entschiedenheit)
- Meinungswandel (Vorentschiedenheit wird umgekehrt)
- Meinungsverstärkung (Vorentschiedenheit wird verstärkt)

Grundsätzlich kann man diese Frage auf kollektiver und/oder individueller Basis entscheiden. In unseren Überlegungen hierzu gehen wir generell von der kollektiven Meinungsbildung aus. Analysen auf individueller Basis könnten letztlich nur mit Panel-Daten geklärt werden, die hier nicht vorliegen. Rückerinnerungsfragen sind ein Ansatz, mit der Problematik umzugehen, sind aber ihrerseits nicht unproblematisch, denn sie setzen eine ungefilterte Rückerinnerung voraus.

Aus der Kombination von Prädisposition und Dynamik leitet sich unsere Typologie der Meinungsbildung ab. Sie unterscheidet grundsätzlich zwischen vorbestimmten Entscheidungen ohne Meinungswandel, wobei das Ergebnis der Prädisposition entspricht, respektive mit Meinungswandel, wobei es zu einem von der Prädisposition abweichenden Abstimmungsentscheid kommen kann. Bei nicht vorbestimmten Entscheidungen ist einzig massgeblich, ob es zu einem klar gerichteten Meinungsaufbau oder Meinungswandel kommt, um den Ausgang theoretisch zu bestimmen.

Etwas vereinfachend gesprochen, kann man von folgenden Thesen ausgehen:

### **These Meinungsbildung Referenden:**

Bei Referenden findet mit dem behördlichen Willensbildungsprozess eine Konsens- oder Mehrheitssuche statt, die Vorschläge, die der Volksabstimmung unterliegen, einmündet. In der Regel entsteht daraus eine prädisponierte Entscheidung, vereinfachend gesagt im Sinne aller Parteien, und zwar sowohl der rechten als auch der linken politischen Organisationen.

Im Normalfall erwarten wir, dass sich die Meinungsbildung unter den Stimmwilligen der Mehrheitsposition aus der parlamentarischen Willensbildung angleicht. Im abweichenden Fall kommt es zu einer Protestentscheidung, wonach die behördliche Willensbildung im Abstimmungskampf nicht hält oder zerfällt. In diesem Fall wird ein abweichender Volksentscheid gefällt.

Letztlich erwarten wir das Gleiche bei Volksinitiativen, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen. Relevant ist hier, dass Volksinitiativen in aller Regel Vorschläge unterbreiten, die parlamentarisch nicht mehrheitsfähig sind, das heisst aus einer klar linken oder rechten Position starten, respektive von einer unpolitischen Mitte aus lanciert sind.

### **These Meinungsbildung Initiativen:**

Wir erwarten auch hier, dass sich im Abstimmungskampf die Meinungsbildung der behördlichen Position angleicht. Wenn es sich von Beginn an um Minderheitsanliegen handelt, scheitern sie im Normalfall zwangsläufig in der Volksabstimmung.

Wenn sie anfänglich mehrheitlich sind, sprechen wir von einer potenziellen Mehrheitsinitiative, bei der der Abstimmungskampf entscheidet, in aller Regel zuungunsten der Vorlage.

Die abweichenden Fälle treten auch hier auf, wenn sich die Meinungsbildung im Abstimmungskampf weg von der Behördenposition entwickelt, sei es, dass eine anfängliche Mehrheit bestehen bleibt, oder noch seltener, dass sie erst mit dem Abstimmungskampf entsteht.



## 2.4 Anwendung des Dispositionsansatzes

### 2.4.1 Anwendungen auf Behördenvorlagen

Zu Behördenvorlagen zählen obligatorische sowie fakultative Referenden und Gegenvorschläge zu Volksinitiativen. Ihnen ist eigen, dass sie vom Parlament mehrheitlich abgesegnet worden sind. Sämtliche Verfassungsänderungen gelangen als obligatorische Referenden automatisch vor das Stimmvolk. Gesetzesvorlagen hingegen kommen nur dann zur Abstimmung, wenn 50'000 Bürger\*innen dies verlangen. In solchen Fällen (fakultatives Referendum) ist mit einer organisierten Opposition zu rechnen, während dies bei obligatorischen Referenden nicht zwingend der Fall sein muss (Ausnahme: gleichzeitige Abstimmung zu Volksinitiative und Gegenvorschlag).

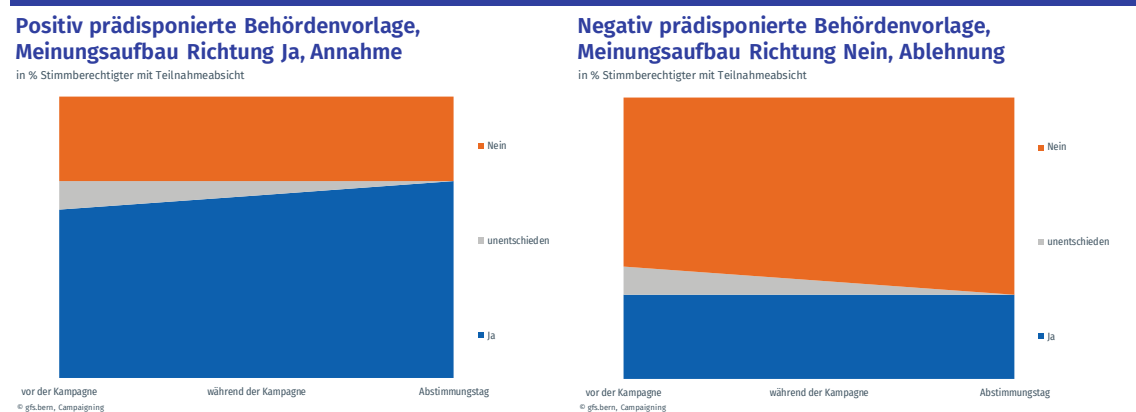
Wir unterscheiden zwischen der Ausgangslage und der Dynamik der Meinungsbildung. Die **AUSGANGSLAGEN** sind vielfältig.

- wenn sich eine Behördenvorlage auf einen eigentlichen Präkonsens stützen kann, ist die Zustimmung zu Beginn der Meinungsbildung ausgeprägt positiv.
- wenn eine Behördenvorlage im Parlament mehrheitlich zustande gekommen ist, handelt es sich in aller Regel um eine positive oder nur nicht vorbestimmte Vorlage. Im ersten Fall führt das Ja vor dem Nein und hat eine Mehrheit. Letzteres ist im zweiten Fall nicht gegeben.
- negativ prädisponierten Fällen ist eigen, dass die Meinungsbildung mit einer ablehnenden Mehrheit beginnt.

Bei **TRENDS** unterscheiden wir zwei Entwicklungen: den Meinungsaufbau, wobei sich Ja und Nein gleich gerichtet bewegen, während sich die Unschlüssigen bei einer Polarisierung auf beide Seiten verteilen.

Stark positiv vorbestimmte Vorlagen werden in aller Regel angenommen. Das gilt auch für ausgesprochen negativ vorbestimmte Entscheidungen, wenn auch im umgekehrten Sinn. Wir behandeln solche eindeutigen Fälle hier nicht weiter. Von Belang sind aber alle übrigen Fälle, die wir unter zwei verschiedenen Szenarien betrachten.

Grafik 2

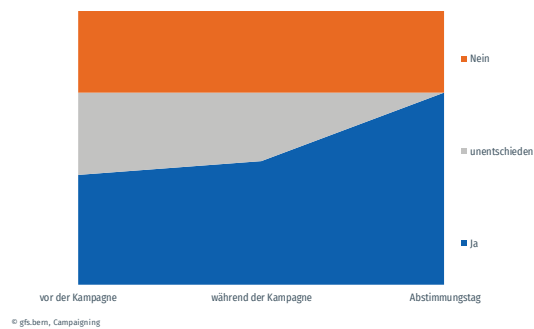


**SZENARIO 1:** Von einem Normalszenario sprechen wir dann, wenn die Zustimmung während des Abstimmungskampfes zunimmt. Dieser Fall kann bei einem Meinungsaufbau oder bei einer Polarisierung eintreten, und zwar unabhängig davon, ob es sich bei der Ausgangslage um einen positiv-prädisponierten oder nicht prädisponierten Fall gehandelt hat, denn die Meinungsbildung entwickelt sich in allen Kombinationen in Richtung Behördenstandpunkt. Die drei wichtigsten Dynamiken haben wir nachstehend abgebildet.

Grafik 3

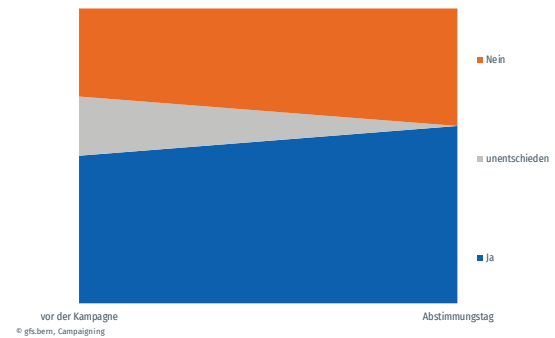
#### Nicht prädisponierte Behördenvorlage, Meinungsaufbau Richtung Ja, Annahme

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



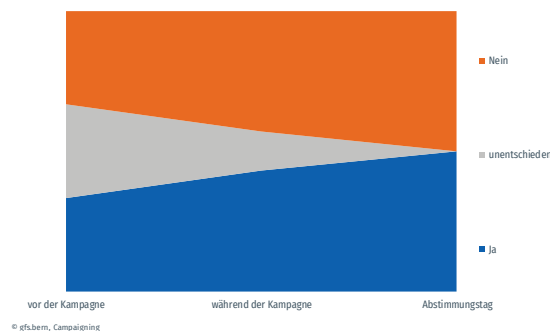
#### Positiv prädisponierte Behördenvorlage, Polarisierung Richtung Ja, Annahme

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



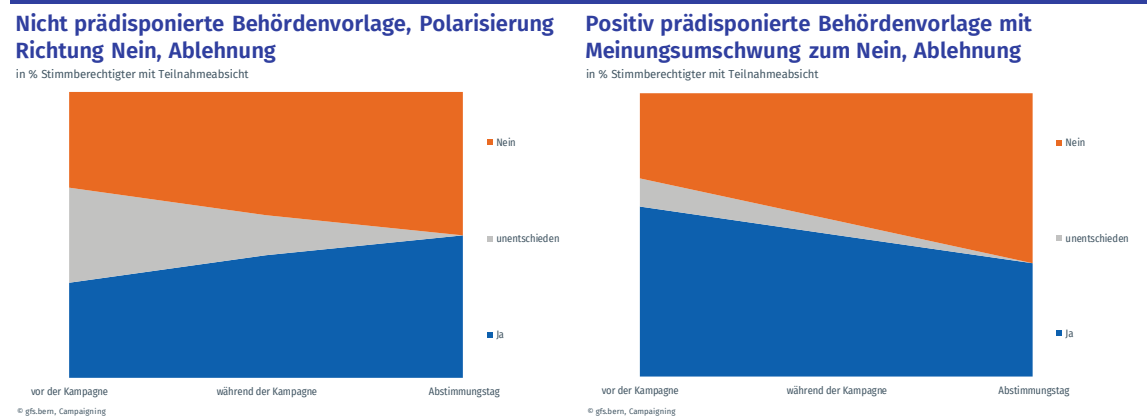
#### Nicht prädisponierte Behördenvorlage, Polarisierung Richtung Nein, Annahme

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



**SZENARIO 2:** Von einem abweichenden Szenario reden wir dann, wenn die Zustimmungsbereitschaft mit dem Abstimmungskampf abnimmt. In solchen Fällen handelt es sich entweder um eine Polarisierung zum Nein oder um einen Meinungsaufbau zum Nein. Die Ausgangslage kann auch hier unbestimmt oder schwach positiv sein.

Grafik 4



Zur Veranschaulichung finden sich nachfolgend sämtliche Behördenvorlagen seit 2008 entlang dieser Typologie eingeteilt:

Tabelle 1: Übersicht Meinungsbildungsprozesse bei Behördenvorlagen seit 2008

Behördenvorlage		Abstimmung		1./2. Welle		Veränderung seit 1./2. Welle	
		Ja in %	Nein in %	best./eher dafür in %	best./eher dagegen in %	Differenz Ja	Differenz Nein
<b>Extremfall 1: Annahme</b>							
<b>positiv prädisponiert, Meinungsaufbau Richtung Ja, Annahme</b>							
OR	Med. Grundversorgung	88	12	66/71	10/10	22/17	2/2
GV	Neuregelung Geldspiele	87	13	55/65	21/16	32/22	-8/3
OR	Neue Finanzordnung 2021	84	16	69/74	16/16	15/10	0/0
OR	Bundesbeschluss Velowege	74	26	64/69	26/25	10/5	0/1
GV	Jugendmusikförderung	73	27	68/73	33/17	5/0	-6/10
FR	Geldspielgesetz	73	27	52/56	39/37	21/17	-12/-10
FR	Revision Asylgesetz	67	33	59/60	30/29	8/7	3/4
OR	Nachrichtendienstgesetz	66	34	58/53	35/35	8/13	-1/-1
FR	STAF	66	34	54/59	37/35	12/7	-3/-1
FR	Sozialdetektive	65	35	57/59	39/38	8/6	-4/-3
FR	Strassenfonds NAF	62	38	60/62	32/28	2/0	6/10

Normalfälle mit Entwicklung zum Ja und Annahme							
nicht prädisponiert, Meinungsaufbau Richtung Ja, Annahme							
FR	Asylgesetz	78	22	48/57	29/29	30/21	-7/-7
OR	Forschung am Menschen	77	23	49/-	14/-	28/-	9/-
OR	Verzicht allg. Volksinitiative	68	32	19/29	40/32	49/39	-8/0
OR	Spezialfinanzierung Luftverkehr	65	35	42/49	26/23	23/16	9/2
OR	PID	62	38	40/46	44/40	22/16	-6/-2
FR	RTVG	50	50	46/43	45/47	4/7	5/3
nicht prädisponiert, Polarisierung Richtung Ja, Annahme							
FR	Personenfreizügigkeit	60	40	50/50	40/43	10/10	0/-3
FR	Epidemiengesetz	60	40	49/49	39/39	11/11	1/1
FR	Tankstellenshops	56	44	46/48	47/45	10/8	-3/-1
positiv prädisponiert, schwache Polarisierung Richtung Nein, Annahme							
OR	Ernährungssicherheit	79	21	65/69	18/20	14/10	3/1
FR	Tierseuchengesetz	68	32	-	-	-	-*
FR/ ind. G.	Betäubungsmittelgesetz	68	32	63/63	20/21	5/5	12/21
GV	Komplementärmedizin	67	33	67/69	15/19	0/-2	18/14
FR	EU-Waffenrichtlinie	64	36	66/65	33/34	-2/-1	3/2
OR	Anti-Diskriminierungsgesetz	63	37	69/65	28/33	-6/-2	9/4
FR	Raumplanungsgesetz	63	37	54/59	18/22	9/4	19/15
OR	FABI	62	38	56/56	27/28	6/6	11/10
OR	Einbürgerung 3. Generation	60	40	74/66	21/31	-14/-6	19/9
FR	Vaterschaftsurlaub	60	40	63/61	35/35	-3/-1	5/5
FR	Energiegesetz	58	42	61/56	30/37	-3/2	12/5
FR	Zweite Gotthardröhre	57	43	64/56	29/39	-7/1	14/4
FR	IV-Zusatzfinanzierung	55	45	51/50	27/32	4/5	8/13
OR	Zusatzfinanzierung AHV	50	50	53/50	41/45	-3/2	9/5
FR	Beschaffung Kampflugzeuge	50	50	58/56	39/40	-8/-6	11/10

Behördenvorlage		Abstimmung		1./2. Welle		Veränderung seit 1./2. Welle	
		Ja in %	Nein in %	best./ eher dafür in %	best./ eher dagegen in %	Differenz Ja	Differenz Nein
<b>Abweichende Fälle: mit abnehmender Zustimmungsbereitschaft</b>							
<b>nicht prädisponiert, Polarisierung Richtung Nein, Annahme oder Ablehnung</b>							
FR	ALV-Revision	53	47	49/48	25/30	4/5	22/17
FR	Unternehmenssteuerreform	51	49	43/-	29/-	8/-	20/-
FR	Biometrischer Pass	50	50	47/49	39/37	3/1	11/13
GV	Ausschaffungsinitiative	46	54	41/43	49/49	5/3	5/5
FR	Buchpreisbindung	44	56	48/40	39/47	4/-4	17/9
<b>positiv-prädisponiert mit Meinungsumschwung zum Nein, Ablehnung</b>							
OR	Familienartikel**	54	46	66/55	23/35	-12/-1	23/ 11
FR	Jagdgesetz	48	52	54/46	36/48	-6/2	16/4
FR	Reform Altersvorsorge	47	53	53/51	42/44	-6/-4	11/9
OR	Unternehmenssteuerreform III	41	59	50/45	35/44	-9/-4	24/15
FR	Autobahnvignette	40	60	53/50	41/46	-13/-10	19/140
FR	Kinderabzüge	37	63	51/43	43/52	-14/-6	20/11
GV	Krankenversicherung	31	69	62/39	18/45	-31/-8	51/24
<b>Extremfall 2: Ablehnung</b>							
<b>negativ-prädisponiert, Ablehnung</b>							
FR	Gripen-Beschaffung	47	53	42/44	42/51	5/3	11/2
FR	BVG Umwandlungssatz	27	73	17/-	66/-	10/-	-7/-
FR	Managed Care	24	76	33/28	44/58	-9/-4	32/18

\*\* beim Volksmehr angenommen, am Ständemehr aber gescheitert

© SRG-Trend/gfs.bern

## 2.4.2 Anwendungen auf Volksinitiativen

Fast allen Volksinitiativen ist gemeinsam, dass ihre Forderungen von Regierung und Parlament nach der Behandlung abgelehnt oder zu Gegenvorschlägen umformuliert (und somit zu Behördenvorlagen) werden. Dieser Umstand wirkt sich wiederum auf die meinungsbildenden Eliten aus. Das unterscheidet Meinungsbildungsprozesse zu Volksinitiativen von solchen zu Behördenvorlagen grundlegend.

Volksinitiativen beinhalten in der Regel einen Sachverhalt, der in der Öffentlichkeit bereits behandelt worden ist. Ohne substanzielles Problembewusstsein ist es schwierig, im vorgeschriebenen Zeitrahmen genügend Unterschriften für das Zustandekommen einer Initiative zu sammeln. Das heisst indes nicht, dass die von einer Initiative vorgeschlagene Problemlösung im gleichen Masse bekannt sein muss, ausser dies wird allein durch ihren Titel klar. Entsprechend muss bei der Meinungsbildung zwischen dem Problem und seiner spezifischen Behebung durch die Initiative unterschieden werden. Wir postulieren hier generell, dass das Problembewusstsein erfolgreicher Initiativen prädisponiert ist, nicht aber die Lösungspräferenz, da sich diese erst im Verlaufe eines Meinungsbildungsprozesses auf die Entscheidungsabsichten auswirkt.

Die Ausgangslage für eine Volksinitiative wird durch das Mass des Problembewusstseins in der Öffentlichkeit bestimmt. Je problematischer eine Situation eingeschätzt wird, desto eher findet sich vor einer Kampagne eine Zustimmungsbereitschaft zur entsprechenden Initiative. Je weniger dringlich ein Problem beurteilt wird, desto eher liegt eine offene, allenfalls sogar negativ vorbestimmte Ausgangslage vor.

Unsere für die Entscheidung zu Volksinitiativen spezifizierte These lautet demnach: Bei einer Volksinitiative kommt es in der Regel zu einer Verlagerung der kollektiven Meinungsbildung: weg von der Beurteilung des angesprochenen Problems hin zur Beurteilung der vorgeschlagenen Lösung. Diese Dynamik kann die Stimmabsichten beeinflussen. Entsprechend formulieren wir zwei generelle Hypothesen zu Trends in der Meinungsbildung bei Volksinitiativen:

- Der Nein-Anteil nimmt mit der Dauer des Abstimmungskampfes zu.
- Der Ja-Anteil nimmt mit der Dauer des Abstimmungskampfes ab.

Damit ist nur etwas über die Richtung ausgesagt, nicht aber über das Ausmass der Veränderung. Dieses hängt davon ab, wie stark die Prädisponierung ist, (vor allem der Ja-Seite) respektive wie viele Teilnehmewillige unentschieden sind und wie wirksam die Kampagnen auf solche Unsicherheiten eingehen. Dabei ist bekannt, dass die Schwachstellenkommunikation zum Lösungsvorschlag die effektivste ist, sprich am ehesten Unschlüssige und latent Befürwortende zu Gegnerschaft werden lässt.

Das Ausmass des Meinungswandels in ein Nein ist schwer vorhersehbar: Je ausgeprägter das Problembewusstsein generell ist, desto schwächer fällt der Meinungswandel aus. Eine rein mechanische Betrachtung führt indessen nicht zum Ziel; eine dynamische Analyse ist nötig, die beispielsweise konkrete Kampagnenaktivitäten einbezieht.

In der Realität ist ein Rückgang des Ja-Anteils (fast) immer zu beobachten. Das Ausmass dieses Rückgangs variiert allerdings zwischen 2 und 43 Prozent. Das Mittel seit 2008 beträgt rund 10 Prozent. Grösser ist der Umschwung auf der Nein-Seite: Im Schnitt beträgt er rund 25 Prozent.

Eine eindeutige Regel dazu, wie gross der zu erwartende Anteil der Veränderung in den Stimmabsichten ist, gibt es nicht. Am ehesten kann geltend gemacht werden, dass der Prozentsatz "eher befürwortender" Bürger\*innen ein brauchbarer Prädiktor ist. Allerdings kennen wir zwei Typen von Veränderungen: Beim einen schmilzt der ganze Anteil der Befürwortenden weg, beim anderen Typus hingegen nur weniger als die Hälfte. Zum ersten Typus kommt es, wenn das Anliegen selbst sehr ansprechend wirkt und so vorerst viel Zustimmung generiert, während die darauffolgende Kritik am Inhalt der Vorlage dann zur Erosion der Unterstützung führt. Der zweite Typus hingegen hat verschiedene Ursachen, unter anderem diejenige, dass die Zustimmung von Beginn an gering ist und sich während der Kampagnen auch nicht viel daran ändert.

Vereinfacht kann der Meinungsbildungsprozess zu Initiativen in vier idealtypischen Szenarien festgehalten werden.

#### **SZENARIO 1**

Bei mehrheitlich positiv prädisponierter Mehrheit in der Ausgangslage, geringer Opposition zum Lösungsvorschlag oder sehr hohem Problemdruck nimmt Nein zu, bleibt Ja (fast) stabil, sodass die Vorlage (in der Regel) angenommen wird. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Abzocker-Initiative.

#### **SZENARIO 2**

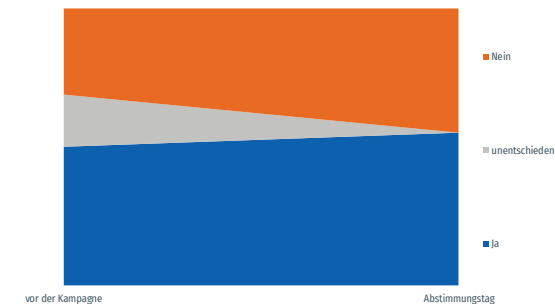
Bei mehrheitlich positiv prädisponierter Mehrheit in der Ausgangslage, beschränkt hohem Problemdruck und Opposition zum Lösungsvorschlag nimmt der Nein-Anteil zu, während der Ja-Anteil abnimmt. Die Vorlage wird abgelehnt, ausser wenn der prädisponierte Ja-Anteil über 50 Prozent höher liegt als der nachfolgende Meinungswandel während des Abstimmungskampfes.

Ein typisches Beispiel für eine so angenommene Volksinitiative ist das Verbot des Zweitwohnungsbaus, während die Familieninitiativen von SVP und CVP Exempel für abgelehnte Volksbegehren sind.

Grafik 5

**Positiv prädisponierte Initiative ohne  
Mehrheitswandel, Annahme**

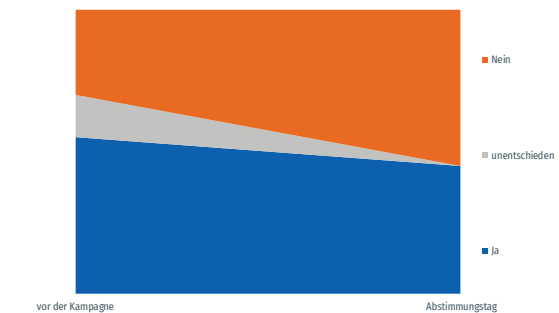
in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



© gfs.bern, Campaigning

**Positiv prädisponierte Initiative mit  
Mehrheitswandel, Ablehnung**

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



© gfs.bern, Campaigning

**SZENARIO 3**

Bei minderheitlich positiv prädisponierter Mehrheit in der Ausgangslage nimmt der Nein-Anteil zu, während der Ja-Anteil abnimmt. Die Vorlage wird abgelehnt. Typisches Beispiel hierfür ist die Energie- statt Mehrwertsteuer-Initiative.

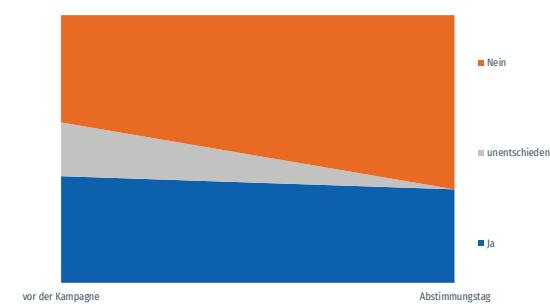
**SZENARIO 4**

In Ausnahmefällen kann das dritte Szenario ausbleiben. Das ist nach unserer Auffassung dann der Fall, wenn es mit der Initiativentscheidung zu einem Tabubruch kommt, mit dem sich eine Proteststimmung aufbaut. So ist es möglich, dass sich die Zusammensetzung der Teilnahmewilligen zugunsten der Initiative ändert oder ein kurzfristiger Meinungswandel im Sinne des Zeichensetzens entsteht.

Grafik 6

**Negativ prädisponierte Initiative ohne  
Mehrheitswandel, Ablehnung**

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



© gfs.bern, Campaigning

**Negativ prädisponierte Initiative mit Mehrheitswandel  
wegen Enttabuisierung, Annahme**

in % Stimmberechtigter mit Teilnahmeabsicht



© gfs.bern, Campaigning

Nach unserer Erfahrung ist dieses Szenario sehr selten; es muss sich aufgrund der Beteiligungsabsichten, die im Abstimmungskampf stark steigen müssen, andeuten und im Argumentetest sichtbar werden, indem Gegnerschaft und Unschlüssige vermehrt Ja-Botschaften zustimmen. In der Regel wird dafür eine doppelte Öffentlichkeit benötigt. Das bedeutet, dass Mainstream-Medien gegen die Initiative sind, Zielgruppenmedien aber eine verbreitete Zustimmung erahnen lassen. Unter diesen Bedingungen tritt der vierte und unten postulierte Verlauf ein: Hier hinkt die Darstellung allerdings etwas, da die Beteiligungsabsichten asymmetrisch zunehmen. Der typische Fall eines solchen Szenarios ist die Masseneinwanderungsinitiative.



Nachfolgend finden Sie eine Übersicht sämtlicher im Rahmen der SRG-Trendumfragen untersuchten Meinungsbildungsprozesse zu Volksinitiativen seit 2008.

Tabelle 2: Übersicht Meinungsbildungsprozesse bei Initiativen seit 2008

Volksinitiative	Abstimmung		1./2. Welle		Veränderung seit 1./2. Welle	
	Ja in %	Nein in %	best./eher Ja in %	best./eher Nein in %	Differenz Ja	Differenz Nein
<b>positiv prädisponiert ohne Mehrheitswandel, Annahme</b>						
Abzocker-Initiative	68	32	65/64	25/27	3/4	7/5
Pädophilie-Initiative	64	36	74/59	19/33	-10/5	17/3
Ausschaffungsinitiative	53	47	58/54	36/43	-5/-1	11/4
Zweitwohnungsinitiative	51	49	61/52	27/37	-10/1	22/12
Konzernverantwortungsinitiative**	51	49	63/57	33/41	-12/-6	16/8
<b>negativ prädisponiert mit Mehrheitswandel wegen Enttabuisierung, Annahme</b>						
Minarettverbot	58	42	34/37	53/53	24/11	-11/-11
Masseneinwanderung	50	50	37/43	55/50	13/7	-5/0
<b>positiv prädisponiert mit Mehrheitswandel, Ablehnung</b>						
Abschaffung Heiratsstrafe	49	51	67/53	21/38	18/4	-30/-13
Sicheres Wohnen Alter	47	53	55/46	25/35	-8/1	28/18
Atomausstieg	46	54	57/48	36/46	-11/-2	18/8
Hornkuh-Initiative	45	55	58/49	36/46	-13/-4	19/9
Waffen	44	56	52/47	39/45	-8/-3	17/9
Bauspar-Initiative I	44	56	55/49	22/35	-11/-5	34/21
Zersiedelungsinitiative	44	56	63/47	29/49	-19/-3	27/7
Mietwohnungs-Initiative	43	57	66/51	30/45	-23/-8	27/12
Kriegsgeschäfte-Initiative	43	57	54/50	41/45	-11/-7	16/12
SVP-Familieninitiative	42	58	64/49	25/43	-22/-7	33/15
Steuergerechtigkeit	42	58	58/45	23/40	-16/-3	35/5
Durchsetzungsinitiative	41	59	51/46	42/49	-10/-5	17/10
Rentenalter	41	59	52/45	30/43	-11/-4	29/16
AHVplus	41	59	49/40	43/52	-8/1	16/7
Fair-Food	39	61	78/53	20/45	-39/-14	41/16
Grüne Wirtschaft	36	64	61/51	24/38	-25/-15	40/26
Schutz vor Passivrauchen	34	76	59/41	36/52	-25/-7	40/24
Ernährungssouveränität	32	68	75/49	22/46	-43/-17	46/22
Service-public-Initiative	32	68	58/46	26/41	-26/-14	42/27
No-Billag	28	72	38/31	60/65	-10/-3	12/7
CVP-Familieninitiative	25	75	52/40	33/50	-27/-15	42/25

\*\* beim Volksmehr angenommen, am Ständemehr aber gescheitert

© SRG-Trend/gfs.bern

Volksinitiative	Abstimmung		1./2. Welle		Veränderung seit 1./2. Welle	
	Ja in %	Nein in %	best./eher Ja in %	best./eher Nein in %	Differenz Ja	Differenz Nein
<b>negativ prädisponiert ohne Mehrheitswandel, Ablehnung</b>						
Abschaffung Pauschalbesteuerung	41	59	48/42	36/46	-7/-1	23/10
Nahrungsmittelspekulation	40	60	48/31	39/54	-8/9	21/6
kantonale Einheitskassen	38	62	40/38	51/54	-2/0	11/8
Begrenzungsinitiative	38	62	35/35	61/63	3/3	1/-1
Hanf	37	63	45/38	42/50	-8/-1	21/13
1:12-Initiative	35	65	44/36	44/54	-9/-1	21/11
Einbürgerung	36	64	48/33	37/56	-12/3	27/8
Verbandsbeschwerde	34	66	42/33	40/49	-8/1	26/17
Ferien-Initiative	34	66	39/33	55/63	-5/1	11/3
Selbstbestimmungsinitiative	34	66	39/37	55/61	-5/-3	11/5
Kriegsmaterial	32	68	41/39	44/50	-9/-7	24/18
Kampfjet	32	68	34/-	55/-	-2/-	13/-
Bauspar-Initiative II	31	69	47/42	38/45	-16/-11	31/24
Tieranwalt	30	70	45/-	44/-	-15/-	26/-
Abtreibungsfinanzierung	30	70	35/36	58/58	-5/-6	9/10
Erbschaftssteuer	29	81	38/34	51/61	-9/-5	30/20
MwSt-Diskriminierung	29	71	41/41	34/46	-12/-12	37/25
Initiative Verkehrsfinanzierung	29	71	42/40	47/49	-13/-11	24/22
Stipendieninitiative	28	82	49/28	37/50	-21/0	45/32
Aufhebung Wehrpflicht	27	73	35/31	57/63	-8/-4	16/10
Ecopop-Initiative	26	74	35/39	58/56	-9/-13	16/18
Behördenpropaganda	25	75	27/26	57/60	-2/-1	18/15
Staatsverträge vors Volk	25	75	44/33	44/55	-19/-8	31/20
Volkswahl Bundesrat	24	76	25/25	67/66	-1/-1	9/10
Mindestlohn-Initiative	24	76	40/30	52/64	-16/-6	24/12
Vollgeld	24	76	35/34	49/54	-11/-10	27/22
Gold-Initiative	23	77	44/38	39/47	-21/-15	38/30
Initiative Grundeinkommen	23	77	24/26	72/71	-1/-3	5/6
Energie- statt MwSt	8	92	29/19	58/73	-21/-11	34/19

\*Unverjährbarkeitsinitiative nicht befragt

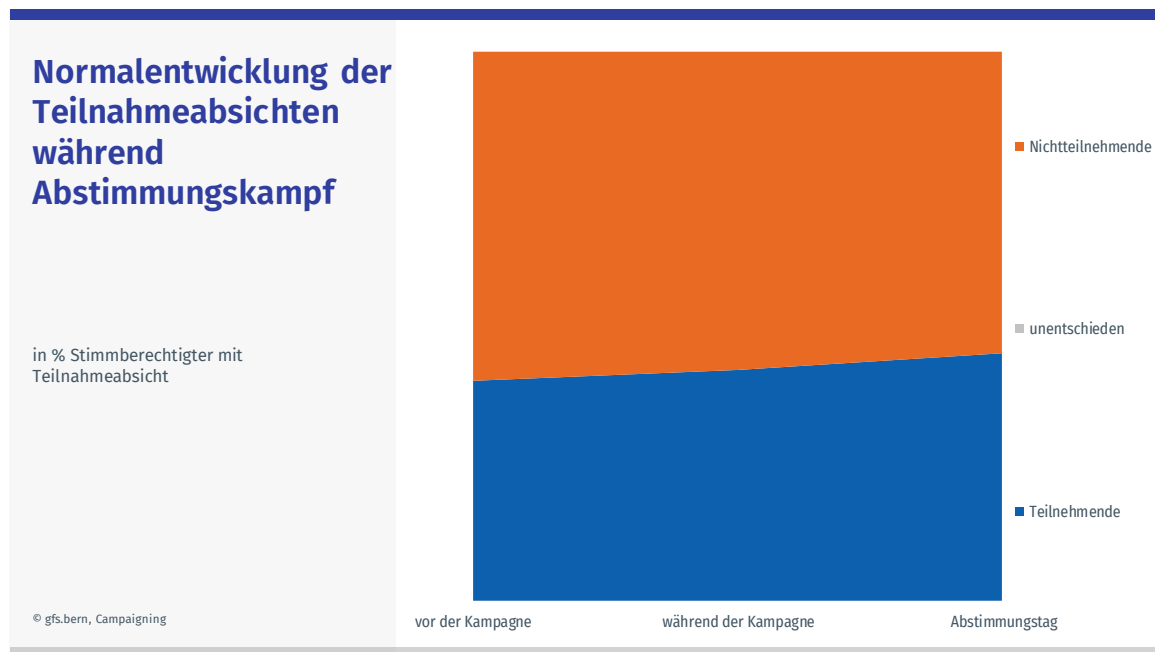
© SRG-Trend/gfs.bern

## 2.4.3 Anwendungen auf die Stimmbeteiligung

Die Auswirkungen der Abstimmungskämpfe auf die Mobilisierung respektive auf die Verteilung der Stimmabsichten wurden bisher nur wenig beachtet. Das ist dem Umstand geschuldet, dass die Identifizierung von Zusammenhängen angesichts einer rasch wechselnden Zahl an Vorlagen und Themen nicht ganz einfach ist.

Wir halten fest, dass die Auffassung, die Beteiligungshöhe hänge nur vom Abstimmungskampf ab, widerlegt ist. Vielmehr gilt, dass es einen Sockel routinemässig teilnehmender Bürger\*innen sowie einen Anteil der Bevölkerung gibt, der sich in Abhängigkeit vom Klima, von der Konfliktsituation und der eigenen Meinungsbildung beteiligt. Zudem halten wir fest, dass die mittlere Beteiligung an Volksabstimmungen der letzten Legislatur (2011–2015) bei 45.6 Prozent lag<sup>1</sup>. Stimmbeteiligungen zwischen 40 und 50 Prozent zeigen meist keine relevanten Veränderungen in der Zusammensetzung des Elektorates. Fällt die Beteiligung jedoch höher aus, nimmt vor allem der Anteil der wenig politischen Bürger\*innen zu und die Chancen populistisch geprägter Entscheidungen steigen. Bei geringeren Teilnahmewerten beteiligen sich die Bürger\*innen mit starkem Interesse an der Politik vergleichsweise mehr, sodass die Chancen auf kurzfristige Veränderungen sinken.

Grafik 7



Die Zunahme der Beteiligung(-sabsicht) hängt davon ab, ob es eine Vorlage gibt, die klar mobilisiert. Hinzu kommt, dass Abstimmungstermine mit mehreren Abstimmungsthemen eher mehr Zusatzbeteiligung auslösen als solche mit nur einer Vorlage. Hauptgrund dafür ist, dass die Beteiligung dann über den Sockel hinaus vorlagenspezifischer ausfallen kann. Verwiesen sei aber darauf, dass die Beteiligungswerte für die einzelnen Vorlagen nicht unbedingt identisch sein müssen. Mit anderen Worten: Zwischen der Beteiligung an sich und der Stimmabgabe zu den einzelnen Vorlagen kommt es zu einer immer stärkeren Differenzierung.

<sup>1</sup><http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/03/blank/key/stimmbeteiligung.html>

Vereinfachend halten wir hier den Mobilisierungsfall als Regelbeispiel fest. Dabei nimmt die Stimmbeteiligung während des Abstimmungskampfes im Mittel um 5 Prozentpunkte, nachfolgend ppt, zu. Alle anderen Fälle sind Ausnahmen.

## 3 Methode

### 3.1 Die SRG-Befragung

Die SRG-Trendstudien basieren im Kern auf telefonisch erhobenen Interviews von Stimmbürger\*innen, welche einer der drei (Haupt-)Landessprachen mächtig sind.

Seit dem Herbst 2018 wird im Rahmen des SRG-Trend-Mandats die telefonische Umfrage durch eine Online-Befragung von Stimmberechtigten ergänzt, mit dem Ziel, die Stichprobengrösse in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz zu erhöhen.

#### 3.1.1 Fragebogen

Kernbestandteile jeder Befragung im Rahmen der SRG-Trendbefragungen sind:

1. Klärung der Stimmberechtigung
2. Klärung der Teilnahme- respektive Stimmabsichten (Sonntagsfragen)
3. Klärung der Zustimmung/Ablehnung mit je zwei oder drei Kernargumenten der Pro- respektive Contra-Seite
4. Klärung der Personen- und Ortsmerkmale (Geschlecht, Alter, Schulabschluss, Haushaltseinkommen, Siedlungsart [Stadt/Land], Sprachregion).

Es werden die vom Verband VSMS respektive von uns entwickelten und standardisierten Fragen verwendet. Dies gilt insbesondere für den obigen Punkt zwei. So wird die Vergleichbarkeit erhöht, was wiederum die Interpretationssicherheit – wie sie bei Wahlen besteht, bei Abstimmungen aber erst in Entwicklung begriffen ist – steigert.

Die Formulierungen des CATI-Fragebogens wurden minim angepasst, damit sie auch in einer Online-Version funktionieren.

#### 3.1.2 Stichprobenbildung

##### CATI

Telefonisch befragt werden Personen mit Wohnsitz in der Schweiz. Auslandschweizer\*innen werden nicht berücksichtigt, da ihre Erreichbarkeit aufgrund spezifischer Datenschutzbestimmungen des Bundes mit CATI-Befragungen nicht sichergestellt werden kann.

Zur Grundgesamtheit zählen Personen, die der deutschen, französischen oder italienischen Sprache mächtig sind. Spricht die Person Schweizerdeutsch, wird diese auf Schweizerdeutsch befragt. Da die Erreichbarkeit von Personen in Mehrpersonenhaushalten beispielsweise nach Geschlecht und Alter nicht ganz identisch ist, wird dies mit Vorgaben zu Maximalquoten für Befragte mit entsprechenden Merkmalen kontrolliert.

Für die erste Welle werden minimal 1200 Personen befragt, für die zweite 1400. Dies geschieht, um die Aussagegenauigkeit der letzten Befragungswelle in den Sprachregionen zu erhöhen. Die Zahl der Befragten in den Sprachminderheiten ist bewusst zu hoch, denn das verringert die Unsicherheiten. Für gesamtschweizerische Aussagen wird diese mit

einer Designgewichtung rückgängig gemacht, das heisst die Ergebnisse in den Sprachregionen fliessen in der korrekten Proportion in das gesamtschweizerische Resultat mit ein.

Gesichert wird die Datenqualität durch fünffache Kontaktversuche zu verschiedenen Tageszeiten zwischen 8 Uhr und 20 Uhr. Zudem wird seit August 2016 ein **RDD/DUAL-FRAME-VERFAHREN** der Stichprobenziehung eingesetzt.

Dieses Verfahren begegnet mit Random Digit Dialing (RDD) dem Problem nicht-eingetragener Nummern (Fixnet und Mobile). Das Grundprinzip von RDD beruht darauf, dass nicht eine Liste von bekannten Nummern (z.B. Telefonbuch) abtelefoniert wird, sondern die Ziffern einer Telefonnummer zufällig gewählt werden. Die Grundgesamtheit wird so durch einen gfs.bern-eigenen statistisch konstruierten Nummernraum abgebildet.

Dem Problem des anwachsenden Verzichts auf einen Festnetzanschluss zu Gunsten von Mobile-Abonnements wird durch Anwendung eines Dual-Frame-Ansatzes begegnet. Um Repräsentativität bei zwei sich überlappenden Stichproben<sup>2</sup> zu gewährleisten, stellt der Dual-Frame-Ansatz die Chancengleichheit der Vertretung in der Stichprobe ex post über eine Gewichtung sicher.

Auswirkungen des gemischten Verfahrens sind bei generellen Auswertungen nicht zu erwarten, indes rechnet man damit, solche bei Aufteilungen nach Alter zu finden. Nach dem ersten Einsatz kann dies nur abgeschätzt werden, da es an ausreichend Fällen noch mangelt. Immerhin bestätigt sich die Erwartung bei der Beteiligung nach Altersklassen. Gegenüber dem 5. Juni 2016 steigen die indexierten Beteiligungsabsichten bei den unter 30-Jährigen um rund 10 Prozent an, derweil sie namentlich bei den über 70-Jährigen sinken. Auswirkungen auf Stimmabsichten sind nur schwer abschätzbar, können aber bei vielfacher Wiederholung modelliert werden.

Die Aussagegenauigkeit wird üblicherweise mit dem Stichprobenfehler bestimmt. Dieser besagt, in welchem Masse effektiv eine Abweichung von einem gemessenen Wert der Fall ist. Die Unsicherheit hängt zuerst von der Stichprobengrösse ab, dann von der Wahrscheinlichkeit, mit der man eine Aussage machen will. Hier eine Übersicht zum Stichprobenfehler der jeweiligen Stichproben der ersten und der zweiten Welle sowohl insgesamt wie auch nach Sprachregionen separat ausgewiesen.

---

<sup>2</sup> Einige Personen sind nur über das Festnetz erreichbar ("fixnet only"), andere nur über ihr Handy ("mobile only"), die meisten jedoch über beide Kanäle ("dual use").

**Tabelle 3: Stichprobenfehler mit 95%-Wahrscheinlichkeit**

ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung	
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung
	Verteilung: 50% zu 50%
<b>N Total 1. Welle = 1'200</b>	<b>± 2.9 Prozentpunkte</b>
N DCH 1. Welle = 700	± 3.8 Prozentpunkte
N FCH 1. Welle = 300	± 5.8 Prozentpunkte
N ICH 1. Welle = 200	± 7.1 Prozentpunkte
<b>N Total 2. Welle = 1'400</b>	<b>± 2.7 Prozentpunkte</b>
N DCH 2. Welle = 700	± 3.8 Prozentpunkte
N FCH 2. Welle = 400	± 5.0 Prozentpunkte
N ICH 2. Welle = 300	± 5.8 Prozentpunkte

© gfs.bern; Lesebeispiel: Bei einer Stichprobengrösse von 1200 Befragten und einer Irrtumswahrscheinlichkeit von maximal 5 Prozent, beträgt der Stichprobenfehler ±2.9 Prozent. Ein ausgewiesener Wert von 50 Prozent kann also maximal zwischen 47.1 und 52.9 Prozent variieren.

### Online-opt-in-Befragung

Der Online-Teil wurde als opt-in-Befragung (Mitmachbefragung) über die Webportale der SRG SSR Medien realisiert. Die Stichprobenzusammenstellung erfolgte somit nicht zufällig, und die resultierende Stichprobe ist nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. Es haben beispielsweise weniger Pensionierte als Jüngere an der Online-Umfrage teilgenommen, mehr Männer als Frauen, und auch nach politischen Grössen fanden sich Verzerrungen in der Online-Stichprobe.

Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten, konnten die Angaben von 28'335 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden.

Diese Daten wurden mittels Gewichtungen an die realen Verhältnisse der Stimmberechtigten angenähert. Es wurden räumliche aber auch soziodemografische und politische Gewichtungsfaktoren eingesetzt. Durch diese Gewichtung wurde die Repräsentativität des Samples optimiert.

### 3.1.3 Befragungsarbeit

Die telefonische Befragung wurde vom gfs-Befragungsdienst durchgeführt. Dieser ist eine gemeinsame Tochtergesellschaft von gfs.bern und gfs-zürich. Die Interviewer\*innen arbeiten nach einer zentralen Schulung dabei wahlweise von einem Heimarbeitsplatz oder vom zentralen Telefonlabor in Zürich aus. Nach der erfolgten Schulung werden die neu instruierten Personen intensiv überprüft und unmittelbar kontrolliert.

Der Online-Teil wurde über die Webportale der SRG SSR Medien realisiert.

Tabelle 4: Technischer Kurzbericht SRG-Trend – Volksabstimmung vom 7. März 2021

<b>Auftraggeber</b>	CR-Konferenz der SRG SSR
<b>Grundgesamtheit</b>	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
<b>Herkunft der Adressen</b>	CATI: Stichprobenplan Gabler/Häder für RDD/Dual-Frame; Verwendung Swiss-Interview-Liste Online: Opt-in-Befragung über die Webportale der SRG SSR
<b>Datenerhebung</b>	telefonisch, computergestützt (CATI) Online
<b>Art der Stichprobenziehung geschichtet nach</b>	CATI: at random/Geburtsstagsmethode im Haushalt Sprachregionen Online: offene Mitmachumfrage
<b>Befragungszeitraum</b>	11. – 24. Januar 2021 mittlerer Befragungstag: 18. Januar 2021
<b>Stichprobengrösse</b>	minimal 1200, effektiv 9067 (Cati: 1206, Online: 7861) n DCH: 7794, n FCH: 422, n ICH: 851 (CATI: n DCH: 705, n FCH: 301, n ICH: 200) (Online: n DCH: 7089, n FCH: 121, n ICH: 651)
<b>Stichprobenfehler</b>	± 2.8 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)
<b>Quotenmerkmale</b>	CATI: Geschlecht/Alter interlocked Online: -
<b>Gewichtet nach</b>	Dual-Frame-Gewichtung, Sprache, Siedlungsart, Parteiaffinität, Recall, Teilnahme
<b>Befragungsdauer CATI</b> Mittel Standardabweichung	14.8 Minuten 4.0 Minuten
<b>Publikation</b>	29. Januar 2021, 6h00

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 7. März 2021 im Trend, 1. Welle, 11.–24. Januar 2021



## 3.2 Prognose, Momentaufnahme oder Trend?

### 3.2.1 Definitionen

Ergebnisse aus Abstimmungsumfragen sind per se Momentaufnahmen, keine Prognosen. Zu viele unbekannte Faktoren verhindern, dass sie direkt als Vorhersage verwendet werden können. Der Dispositionsansatz hilft jedoch dabei, die Entwicklung der Meinungsbildung aufgrund differenzierter Ausgangslagen verständlich zu machen. Solche Prognosen gelingen heute in qualitativer Hinsicht gut, während sie in quantitativer Hinsicht noch zu ungenau sind. Vor allem kann man – ohne Kenntnisse des spezifischen Kommunikationsmomentes im Abstimmungskampf – das Mass der Entwicklungen zwischen den Umfragen, aber auch nach der zweiten Welle nicht hinreichend genau schätzen.

In unseren Berichten hat es sich eingebürgert, in diesem Zusammenhang folgende Begriffe zu verwenden:

#### **Momentaufnahme**

Messung des Standes der Dinge zu einem bestimmten Zeitpunkt

#### **Trendumfragen**

fortgesetzte Messung des Standes der Dinge

#### **Projektionen**

Annahmen zur Verteilung von Unentschiedenen in Momentaufnahmen oder Trendumfragen

#### **Prognosen**

Annahmen zur weiteren Entwicklung der Meinungsbildung, namentlich in Trendumfragen, die rund zwei Wochen vor der Abstimmung durchgeführt werden müssen.<sup>3</sup>

### 3.2.2 Modellierungen

Unsere Befragungen für die SRG sind demnach ab der zweiten Welle Trendumfragen, also zwar mehr als Momentaufnahmen, aber weniger als Prognosen. Falsch ist es, sie direkt als Vorhersagen zu verwenden, insbesondere als (vermeintlich) punktegenaue Prognosen.

Im Verlauf der letzten Legislatur haben wir versucht, die Umfragen sowohl nach der ersten wie auch nach der zweiten Welle für Vorhersagen zu verwenden, und zwar aufgrund der Parolen einerseits wie auch der bisherigen Umfragewerte andererseits. Das Verfahren verbesserte zwar die Aussagen zum effektiven Abstimmungsausgang, beinhaltet aber nach wie vor Probleme. Könnte man rechtzeitig und vollständig über Medieninhaltsanalysen sowie Werbeuntersuchungen verfügen, wäre dies für die Genauigkeit der Einschätzungen hilfreich. Da dies vorerst nicht machbar ist, haben wir diesen Pfad zwischenzeitlich wieder verlassen.

---

<sup>3</sup> Vorschrift Verband VSMS: Publikation spätestens zehn Tage vor Abstimmung.

Vielmehr haben wir Extrapolationsmodelle aus beiden Umfragen entwickelt. Diese Daten liegen rechtzeitig vor. Dabei haben wir zwischen Volksinitiativen und Behördenvorlagen unterschieden, wie das auch hier der Fall war. Dabei hat sich das Vorgehen als sinnvoll erwiesen, die Initiativen linker und rechter Herkunft separat anzuschauen.

Wichtigste Eigenschaft aller Extrapolationen ist, dass sie von einer dynamischen Meinungsbildung ausgehen, wie das der Dispositionsansatz nahelegt. Mit anderen Worten: Minimal nötig für sinnvolle Vorhersagen sind zwei vergleichbare Umfragen. Eine allein reicht nicht, weil sie letztlich von einer statischen Meinungsbildung ausgeht, was bei Volksabstimmungen – anders als bei Wahlen – irreführend ist.

Wenn man von Trendumfragen ausgeht, stellt sich die Frage, ob man besser auf den Ja- oder Nein-Anteil abstellen soll. Dabei ist offensichtlich, dass die Trends zum Ja bessere Vorhersagen liefern als die zum Nein. Allerdings sind solche Trendumfragen nicht frei von Tücken, und zwar abhängig vom Vorlagentyp. Deshalb haben wir ein optimiertes Modell entwickelt, das mehrheitlich vom Ja- und minderheitlich vom Nein-Trend ausgeht.

Zuletzt unterscheiden wir zwischen qualitativen und quantitativen Vorhersagen. Bei ersterem Verfahren geht es nur um die Bestimmung der Mehrheit, beim zweiten auch um die Bestimmung des Ergebnisses in Prozent.

Die Modellrechnungen lassen nach der zweiten Trendbefragung eine Extrapolation auf den voraussichtlichen Endwert zu. Zum Einsatz kommen qualitative Projektionen mit "wird angenommen/abgelehnt" sowie quantitative mit einer Zahl (und einem Fehlerbereich).

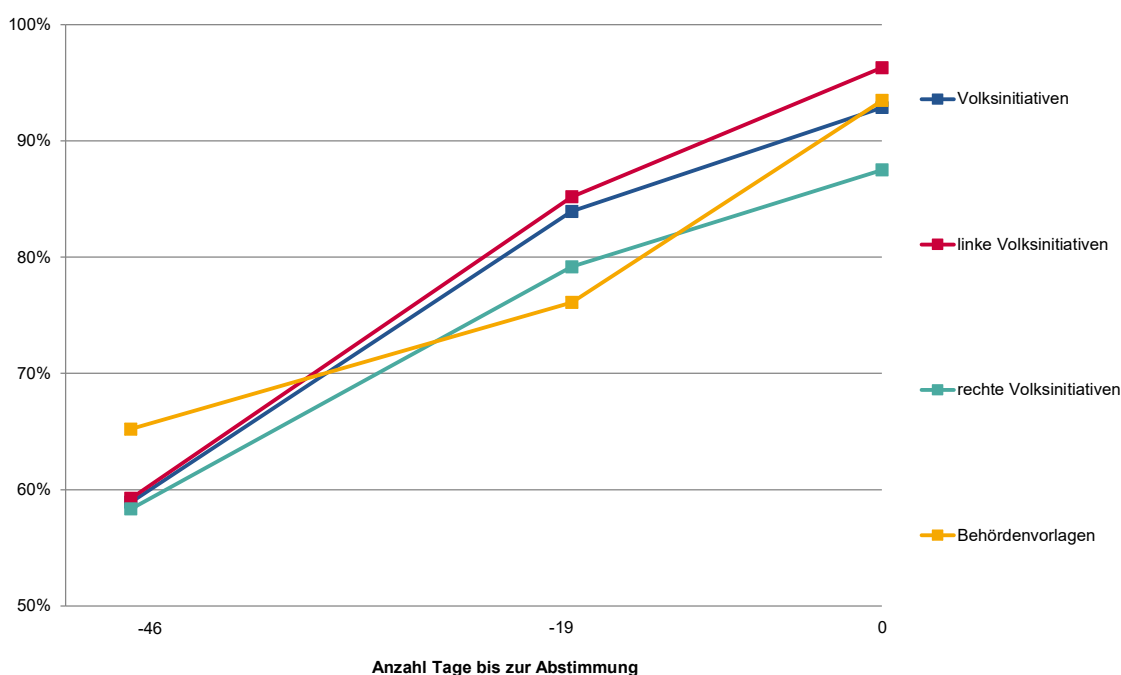
### 3.2.3 Schätzungen aufgrund von Extrapolationen

Berücksichtigte man bei Behördenvorlagen nur die erste Befragungswelle, dürfte man die Abstimmungsmehrheit in 65 Prozent der Fälle kennen. Das ist eindeutig zu wenig, um eine zuverlässige Einschätzung vorzunehmen. Mit der zweiten Befragungswelle steigert sich der Vergleichswert auf 76 Prozent. Bezieht man auch die Extrapolation von Trends ein, kommt man auf einen Wert von 93 Prozent.

Wird nach Vorlagentypen differenziert, können wir festhalten: Qualitative Vorhersagen im Sinne von Annahme oder Ablehnung sind nach der zweiten Messwelle bei Volksinitiativen eher bei linken und weniger bei rechten Volksinitiativen zuverlässig machbar. Bei Behördenvorlagen reicht das nicht aus. Hauptgrund ist hier der Anteil Unentschiedener, der selbst bei Projektionen stabil bleibt.

Grafik 8

#### Trend prozentuale Häufigkeit der Bestimmung der richtigen Mehrheit 1. und 2. Welle im Vergleich zum besten Modell



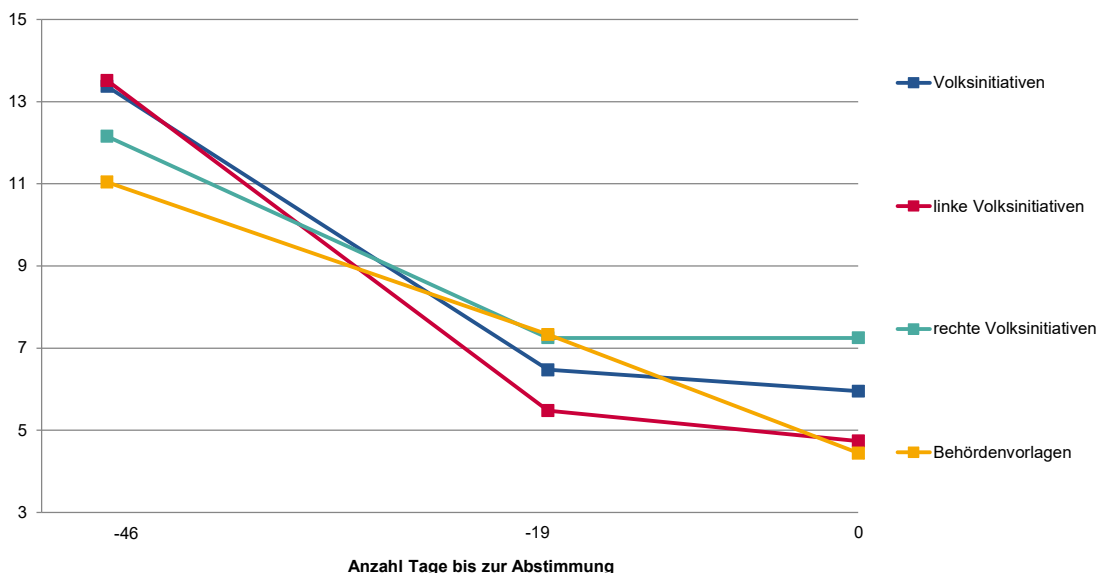
Lesebeispiel: Die x-Achse enthält die Tage vor dem Abstimmungstag, die y-Achse den Populationsschätzer. Der erste Wert bezieht sich auf die Ergebnisse der ersten Welle, der zweite auf jene der zweiten Welle. Der dritte Punkt auf dem Graphen ist der Extrapolationswert. Angezeigt wird die qualitative Übereinstimmung mit dem Endergebnis (links) und die mittlere quantitative Abweichung (rechts). Die Kurven zeigen an, dass mit der Zeit oder dem Verfahren Verbesserungen erzielt werden.

Modelliert man die Ergebnisse quantitativ, verbessert sich vor allem die Vorhersage von Behördenvorlagen. Linke Initiativen sind so in aller Regel ebenfalls gut vorhersehbar. Konkret: Bei Initiativen mit linker Urheberschaft liegt die mittlere Abweichung bei der zweiten Befragungswelle bei 5.5 ppt. Mittels der Extrapolation von Trends kommen wir auf eine Differenz von 4.7 ppt.

Bei Initiativen aus dem rechten Lager liegen beide Werte höher, nämlich bei 7.3 ppt. Bei Behördenvorlagen kommt die zweite Befragungswelle ebenfalls auf 7.3 ppt an das Endergebnis heran. Mit der Extrapolation ergibt sich eine Verbesserung auf 4.4 Prozent.

Grafik 9

### Trend Durchschnittliche Abweichung 1. und 2. Welle im Vergleich zum Modell mit der geringsten Abweichung



Mit anderen Worten: Dank einer Extrapolation der Trends aus beiden Befragungen kommen wir sehr wohl in den Bereich, der bei Stichprobenerhebungen erwartet werden darf.

### 3.2.4 Bilanz

Verbleiben Ungenauigkeiten in den Schätzergebnissen des Abstimmungsausgangs, hat das nicht mit der oft behaupteten Mess(-un-)genauigkeit von Befragungen zu tun, sondern liegt in der Sache selbst begründet – das heisst in der Dynamik der Meinungsbildung, die nicht unabhängig vom Zeitpunkt und vom konkreten Verlauf ermittelt werden kann. Dabei spielt die Karenzfrist zur Publikation von abstimmungsbezogenen Umfragen, die sich der Branchenverband auf Wunsch der Politik selbst auferlegt hat, eine wichtige Rolle. Sie führt dazu, dass die letztmögliche Befragung vor dem Abstimmungstag meist zwischen zwei und drei Wochen alt ist. Im Vergleich zu Wahlen sind die Effekte bei Abstimmungen deutlich höher, sodass Schlussfolgerungen mit der gebotenen Vorsicht gezogen werden sollten.

Um die Sicherheit qualitativer Einschätzungen dennoch etwas zu erhöhen, verwenden wir ergänzend weitere Indikatoren der Meinungsbildung. Zu den gebräuchlichsten gehören das Abstimmungsergebnis im Parlament oder der Parolenspiegel der Parteien. Bezogen auf Befragungen können nebst der Stimmabsicht auch die indexierten argumentativen Haltungen oder der bevölkerungsseitig erwartete Abstimmungsausgang beigezogen werden. Schliesslich bieten die Modellierungen der Trendverläufe gemäss Dispositionsansatz Anhaltspunkte, um qualitative Prognosen vorzunehmen.

## 4 Anhang

### 4.1 gfs.bern-Team

---

#### LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

✉ [lukas.golder@gfsbern.ch](mailto:lukas.golder@gfsbern.ch)



**Schwerpunkte:**

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

---

#### MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ [martina.mousson@gfsbern.ch](mailto:martina.mousson@gfsbern.ch)



**Schwerpunkte:**

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)

---

gfs.bern ag  
Effingerstrasse 14  
CH – 3011 Bern  
+41 31 311 08 06  
info@gfsbern.ch  
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter [www.schweizermarktforschung.ch](http://www.schweizermarktforschung.ch)

